

Pressemitteilung

Hamburg, 1. Juni 2009

Internationaler Hurentag 2009: 35 Jahre Kampf um Anerkennung und Respekt

Rechtliche Gleichstellung in der Arbeit, das Recht auf Lohn und Krankenversicherung – das alles ist für SexarbeiterInnen nicht selbstverständlich.

Kersten Artus, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, sendet allen SexarbeiterInnen solidarische Grüße zum internationalen Hurentag 2009:

„Seit 35 Jahren setzen sich Huren für ihre Rechte ein. Das Prostitutionsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch es muss mehr Geld für Sozialberatung und StreetworkerInnen bereitgestellt werden. Die Sperrgebietsverordnung gehört auf dem Prüfstand. Runde Tische wie in St. Georg sollten ausgebaut werden!“

Auch einige Freier dürften an den internationalen Hurentag erinnert werden. Kersten Artus hat aus diesem Anlass am 2. Juni 2009 eine Anzeige in der Hamburger Morgenpost geschaltet – mitten in den Huren-Inseraten.

Der Internationale Hurentag am 2. Juni geht auf einen Streik französischer Huren zurück. Über 100 Frauen besetzten eine Kirche in Frankreich, um auf ihre Situation hinzuweisen. Sie forderten, ihren Lohn einklagen können und das Recht auf Kranken- und Sozialversicherung.

Danach gründeten sich Huren-Selbsthilfeorganisationen, die die rechtlichen Gleichstellung von Sexarbeit zum Ziel haben. In Deutschland führte dies zum Prostitutionsgesetz, das seit dem 1. Januar 2002 gültig ist. Seitdem können Entgeltforderungen begründet werden, Prostituierte können sich in den gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen versichern. Auch Verdi hat sich als DGB-Gewerkschaft in der jüngsten Vergangenheit für Huren stark engagiert.

Aber: Sperrgebietsverordnungen und der internationale Frauenhandel gefährden Gesundheit und Leben der SexarbeiterInnen im großen Ausmaß. Freier nötigen Huren immer noch viel zu oft zum Verkehr ohne Kondome. MigrantInnen wissen oft nicht um ihre Rechte. Und immer noch werden die Prostituierten von der Gesellschaft stigmatisiert und nicht diejenigen, die die Würde und die Rechte der Sexarbeiterinnen mit den Füßen treten.

Kontakt: Martin Bialluch, Pressesprecher, Telefon 040 / 42 831 2445, Mobil: 0179 / 312 85 83
Telefax 040 / 42 831 2255, pressestelle@linksfraktion-hamburg.de, www.linksfraktion-hamburg.de
DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg